

einten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO IV) dar. Sie fand vom 2. bis zum 20. August 1984 in Wien statt; 139 Staaten nahmen teil. Obwohl über die Präambel zu dem Schlußdokument wegen des Widerstands der Vereinigten Staaten keine Einstimmigkeit erzielt wurde — die Bundesrepublik Deutschland enthielt sich mit elf anderen Staaten der Stimme —, konnten sich die Teilnehmer in den 15 verabschiedeten Resolutionen über wichtige Fragen einigen. Mit der Ausnahme von drei Resolutionen kamen diese Einigungen im Konsensverfahren zustande.

Die Präambel enthält eine Bewertung der weltweiten wirtschaftlichen Lage sowie die Rahmenbedingungen für die weiteren Aktivitäten der UNIDO. In ihr wird auf die schwerwiegenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den Entwicklungsländern, vor allem auf die Folgen der Auslandsverschuldung dieser Staaten, und die Zwänge verwiesen, die sich aus den hohen Zinssätzen ergäben und in den internationalen Finanz- und Handelsmechanismen zu Störungen führten. Statt des Protektionismus, der eine »Beeinträchtigung des Handels und der industriellen Entwicklung« darstelle, wurde ein »offenes internationales Handelssystem« gefordert.

Die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder begründeten ihre kritische Haltung gegen diese Präambel mit der unausgewogenen, pessimistischen Darstellung der weltwirtschaftlichen Perspektiven und der Einseitigkeit der vorgenommenen Analyse. Zudem wandten sich insbesondere die Vereinigten Staaten gegen die in der Präambel hergestellte enge Verknüpfung zwischen der schlechten wirtschaftlichen Lage in den Entwicklungsländern und der amerikanischen Zinspolitik. Außerdem wurde die Zuständigkeit der UNIDO zur Behandlung von Finanz-, Handels- und Abrüstungsfragen in Abrede gestellt.

II. Die oft erst nach langen Verhandlungen in verschiedenen Ausschüssen angenommenen Resolutionen beschäftigen sich unter anderem mit der Forderung nach beschleunigter Entwicklung von Ausbildungsprogrammen für Facharbeitskräfte für die industrielle Entwicklung, mit Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung dieser Fachleute (»brain drain«) und mit der Einbeziehung von Ausbildungsverpflichtungen in Verträge über Technologietransfer. In anderen Resolutionen wurde die Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Kapazität unter gleichzeitiger Beachtung der möglichen negativen Nebenwirkungen auf die sozio-ökonomische Entwicklung der Entwicklungsländer, die höhere Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung heimischer Energiequellen, die Stärkung der heimischen industriellen Verarbeitung von Rohstoffen etwa durch Verringerung der Handelshemmnisse in den Industriestaaten und die Stärkung der ländlichen Entwicklung und der Nahrungsmittelselbstversorgung gefordert. Besondere Aufmerksamkeit wurde den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDCs) gewidmet, zu deren Unterstützung die Erfüllung der im »Neuen substantiellen Aktionsprogramm« (vgl. zuletzt VN 2/1983 S.63) eingegangenen Verpflichtungen gefordert wurde und die in den auf dieser Konferenz beschlossenen Programmen besonders beachtet werden sollen. Der UNIDO wurde emp-

fohlen, den Projekten der industriellen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern Priorität einzuräumen und im Rahmen der »Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas« speziell die Hilfe für afrikanische Länder zu intensivieren. Weitere Resolutionen beschäftigten sich schließlich mit der Stellung der Frau in der Industrie, einem sofortigen Hilfsprogramm für den industriellen Wiederaufbau im Libanon und einer Aufforderung zur Zahlung freiwilliger Beiträge an den Fonds der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDF).

Heftige Auseinandersetzungen gab es im Plenum über einige Entschließungsentwürfe, in denen Forderungen nach Beendigung des Golfkrieges sowie nach technischer Hilfe für das palästinensische Volk und die nationalen Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika aufgestellt wurden. Diese drei Resolutionen wurden erst nach Kampfabstimmungen angenommen.

Als gemeinsames Element der im Konsensverfahren angenommenen Resolutionen läßt sich die Herausarbeitung relativ konkreter Vorschläge zur Erreichung der angestrebten Ziele und die Betonung der kollektiven Selbsthilfe feststellen, während die direkten Forderungen an die Industriestaaten weniger stark im Vordergrund standen.

III. Die Konferenz endete trotz entsprechender Forderungen der Sprecher der Entwicklungsländer ohne feste Zusagen weiterer finanzieller Hilfen durch die Industriestaaten. Nicht revidiert werden konnte das auf der letzten UNIDO-Konferenz in Lima gesteckte Ziel der Entwicklungsländer, bis zum Jahre 2000 einen Anteil von 25 vH an der Weltindustrieproduktion zu erreichen. Gegenwärtig beträgt dieser Anteil 11 vH. Die Forderung, den Anteil der Verwendung der Exporterlöse der Dritten Welt für Zins- und Schuldendienstzahlungen auf 25 vH zu begrenzen, fand keine Anerkennung. Trotz des Scheiterns der Bemühungen um eine einvernehmlich angenommene Präambel und erheblicher Gegensätze in den Bereichen Finanz- und Entwicklungsfragen wird eine endgültige Bewertung der Ergebnisse der Konferenz erst möglich sein, wenn für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen die Frage nach der Bereitstellung von Finanzmitteln entsteht.

In den Beratungen und insbesondere in Einzelgesprächen zeigte sich trotz der offiziellen Einteilung der teilnehmenden Länder in die traditionellen Verhandlungsgruppen eine Tendenz zur Aufsplitterung der »Gruppe der 77«, in der insbesondere die Schwellenländer ihre spezifischen Interessen nicht immer voll vertreten sahen. Insgesamt zeichnete die Konferenz ein gegenüber UNIDO III wesentlich verbessertes Verhandlungsklima aus.

Klaus Bockslaff □

Weltbevölkerung: Zehn Jahre nach Bukarest — Konferenz in Mexiko — Entwicklung und Lebensqualität — Abtreibung und Innenpolitik (53)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 5/1974 S.155ff. fort. Vgl. auch Theodor Bergmann, Apokalyptische Vision oder optimistische Projektion. Voraussagen und Bestimmungsfaktoren der Weltbevölkerungsentwicklung, VN 1/1984 S.1ff. Zum Weltbevölkerungsbericht 1984: VN 4/1984 S.138.)

I. »In Bukarest wurden der Welt der Ernst und das Ausmaß der Bevölkerungsprobleme und ihre engen Wechselbeziehungen mit der Wirtschafts- und Sozialentwicklung bewußt gemacht. Die Botschaft von Mexiko lautet, die wirksame Umsetzung des Weltbevölkerungs-Aktionsplans voranzutreiben, mit dem Ziel, den Lebensstandard und die Lebensqualität für alle, durch ein gemeinsames Geschick vereinten Völker dieses Planeten in Frieden und Sicherheit zu verbessern.« So zu lesen in der »Erklärung von Mexiko-Stadt über Bevölkerung und Entwicklung«, die von der *Internationalen Bevölkerungskonferenz* im August 1984 verabschiedet wurde. Außerdem wurde ein 88 Empfehlungen zur Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik umfassender Katalog verabschiedet, der die Strategie von 1974 auf den neuesten Stand bringen soll. Vor zehn Jahren war die erste Weltkonferenz auf politischer Ebene zu Bevölkerungsfragen in der rumänischen Hauptstadt zusammengetreten. Waren damals 136 Staaten repräsentiert, so waren es auf der vom 6. bis 14. August in Mexiko-Stadt abgehaltenen Konferenz 149.

Alle bevölkerungspolitischen Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen unterstehen der Kontrolle und Berichterstattung durch den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC). Die organisatorische Hauptlast trägt der Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen (UNFPA). Die demographischen Fachunterlagen steuerten die bevölkerungswissenschaftlichen Abteilungen der auf den einzelnen Kontinenten angesiedelten Wirtschaftskommissionen und die zum UN-Sekretariat gehörende Bevölkerungsabteilung bei.

In Mexiko galt es, ein umfangreiches Programm zu bewältigen:

- die in Vorkonferenzen erarbeiteten Empfehlungen zu debattieren und
- eine Bilanz der Bevölkerungsentwicklung seit der Weltbevölkerungskonferenz von Bukarest zu ziehen und die dort gefaßten Beschlüsse zur Eindämmung des globalen Bevölkerungswachstums auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

II. Die Weltbevölkerung umfaßt derzeit knapp 4,8 Mrd Menschen und wächst jährlich mit einer Rate von 1,7 vH, was eine Zunahme um 83 Mill Menschen im Jahr bedeutet. Mit Erleichterung wurde der im Weltmaßstab zu beobachtende Geburtenrückgang registriert, der die vor Jahren noch bei 2 vH liegende Wachstumsrate schließlich auf 1,7 vH drücken konnte. Die Geburtenrückgänge bedeuten jedoch noch kaum eine Entlastung der damit verbundenen Entwicklungs- und Investitionsprobleme in der Dritten Welt. Denn es sind die gigantischen Anstrengungen der Volksrepublik China, ihre Geburtenzahl zu drosseln, die statistische Hauptursache für dieses günstige Bild. Geburtenrückgänge werden weitgehend durch ebenfalls sinkende Sterblichkeit, vor allem in Asien und Lateinamerika, wettgemacht, so daß von einer Entlastung vom Bevölkerungsdruk und einer davon ausgehenden Erleichterung der Entwicklungsanstrengungen für die betreffenden Länder noch nicht ausgegangen werden kann. Es ist sogar zu befürchten, daß in den Staaten, die zu den Ärmsten der Armen rechnen, eine erneute »Bevölkerungsexplosion« beginnt, sobald es gelingt, auch dort die Sterblichkeit auf asiatisches oder lateinamerikanisches Niveau zu senken: neben

Bangladesch gehören fast alle Staaten Schwarzafrikas dazu.

Laut einer offiziellen Schätzvariante der Vereinten Nationen wird die Menschheit bis zum Jahre 2000 auf etwas über 6 Mrd und im Laufe des 21. Jahrhunderts endgültig auf 10,5 Mrd Menschen anwachsen. Fachleute halten letztere Zahl für eine optimistische Annahme, weil sie funktionierende, rasch wirkende Familienplanung in der Dritten Welt voraussetzt. Inwieweit diese jedoch auf dem lateinamerikanischen und afrikanischen Kontinent vorankommt, ist gegenwärtig nicht vorherzusagen. In Bukarest wurde festgestellt, daß Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik kulturspezifisch den jeweiligen Traditionen und Bedürfnissen eines Landes oder einer Region angepaßt werden müssen, weil sich das Problem der Entwicklung, das ohne Bevölkerungspolitik als flankierende Maßnahme nicht auskommen dürfte, auf den jeweiligen Kontinenten unterschiedlich stellt.

Insgesamt scheint der asiatische Kontinent eine erfolversprechende Entwicklung zu nehmen, obwohl sich die Hauptmasse der Menschheit auf ihm zusammendrängt und in Zukunft seine Ernährungsprobleme ganz besonders beachtet werden müssen. Während auf dem lateinamerikanischen Kontinent politische und wirtschaftliche Instabilität den Entwicklungsprozeß entscheidend hemmen, sind es auf dem afrikanischen Kontinent der Zusammenbruch der traditionellen Kulturen und das Ausgeliefertsein an klimatische Schwankungen, die für die Völker des tropischen Afrika zur Existenzbedrohung geworden sind.

III. Vorkonferenzen hatten sich bereits mit zentralen Bereichen der Bevölkerungspolitik befaßt, nämlich mit Familie und Familiengröße (Kinderzahl bzw. Fruchtbarkeit), Sterblichkeit und Lebenserwartung, Wanderungsbewegungen und Verstädterung und schließlich mit dem Zusammenhang von Bevölkerungswachstum, Ressourcenverbrauch und Entwicklung. Die für die Konferenz in Mexiko-Stadt vorbereiteten Empfehlungen lassen sich auf folgende Themengruppen aufteilen: sozio-ökonomische Bedingungen des Bevölkerungswachstums, Maßnahmen und Ziele der Bevölkerungspolitik, Status der Frau, Rolle von Ausbildung, Erziehung und Gesundheitspolitik, Probleme der Verstädterung und von Wanderungsprozessen (ausländische Arbeiter, Flüchtlinge) und nicht zuletzt die Rolle der Regierungen und der internationalen Kooperation bei einer Bevölkerungspolitik für die Dritte Welt, die im Dienste der Entwicklungsziele steht. Die Konferenz von Mexiko-Stadt ließ allerdings nicht mehr jenen Aufwand spüren, der noch bei der Bukarester Konferenz offensichtlich war (vor allem, was die wissenschaftliche Vorbereitung der Konferenz betrifft).

Glücklicherweise ist die befürchtete Nord-Süd-Konfrontation, die das Konferenztanzen an sich in den Hintergrund gedrängt hatte, ausgeblieben. Der West-Ost-Konflikt meldete sich lediglich bei einer vorgeschlagenen Empfehlung an: Auf Wunsch der Sowjetunion sollte die Frage von Bevölkerung und Entwicklung nachhaltig mit dem Abrüstungsthema verknüpft werden, während die Vereinten Staaten eine Streichung der Empfehlung forderten. Hier wurde schließlich eine Kompromißformel gefunden. Insgesamt wurde über den Katalog der Empfehlungen Konsens erzielt, mit Ausnahme der »Empfeh-

lung 36«, die sich gegen die israelische Siedlungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten richtet. Durch Mehrheitsentscheid, bei Gegenstimmen der Vereinigten Staaten und Israels sowie einer Anzahl Enthaltungen, fand die umstrittene Empfehlung Eingang in das Abschlußdokument. Das Argument der USA, die Frage sei kein Thema für die Konferenz, hat die Delegation Washingtons sichtlich isoliert. Auf verlorenem Posten stand sie auch mit der Forderung, das freie Unternehmertum als Voraussetzung für eine (zu niedrigerer Fertilität führende) erfolgreiche Wirtschaftspolitik festzuschreiben.

IV. Überhaupt löste die amerikanische Position in Mexiko-Stadt großes Erstaunen aus, da sie offensichtlich in direktem Gegensatz zur bisher von Washington im Rahmen der Vereinten Nationen und gegenüber der Dritten Welt propagierten Bevölkerungspolitik stand. Während die USA jahrelang mit Erfolg nachgewiesen hatten, daß wirtschaftliche Investitionen alleine nicht imstande wären, bei galoppierendem Bevölkerungswachstum einen Entwicklungserfolg zu erzielen, und mit dieser Überzeugung ständig in Konfrontation mit dem Ostblock gerieten, propagierte die amerikanische Delegation jetzt den Vorrang der Entwicklungspolitik vor der Familienplanung und wandte sich ausdrücklich gegen Geburtenkontrollprogramme, die Abtreibung beinhalten oder vorsehen. Dabei hatte es sich in der Vergangenheit nicht zuletzt mit großer Unterstützung seitens der USA durchgesetzt, daß die Ziele einer nationalen Bevölkerungspolitik einschließlich der verwendeten Methoden der Souveränität der Staaten sowie ihren religiösen und kulturellen Bedingungen überlassen bleiben. So deutete die Haltung der amerikanischen Delegation, die ohne einen Blick auf den sich damals gerade in den USA vollziehenden Wahlkampf und das Stimmenpotential der Abtreibungsgegner der »moralischen Mehrheit« unverstündlich bleibt, einen Rückschlag für die Diskussion um die internationale Bevölkerungspolitik. Mit Erleichterung ist jedoch anzumerken, daß die verhängnisvollen Auswirkungen, die ein rasches Bevölkerungswachstum auf den Entwicklungsprozeß hat, nicht mehr bestritten werden und die Notwendigkeit einer internationalen Kooperation und Hilfestellung für die Bestrebungen der Völker der Dritten Welt, ihr Bevölkerungswachstum im Dienste der Entwicklung zu bremsen, breite Zustimmung gefunden hat. Offen Stellung gegenüber dem Verhalten der amerikanischen Delegation bezog die Weltbank, die offensichtlich aufgrund eigener Erfahrungen sich deutlich für Bevölkerungspolitik und Familienplanung aussprach und die Verdoppelung ihrer Bemühungen ankündigte.

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland — federführend war das Bundesministerium des Innern — bekräftigte offiziell die Notwendigkeit einer zwischen Entwicklungs- und Industrieländern abgestimmten Bevölkerungspolitik. Es wäre allerdings nicht nötig gewesen, sich hinter die umstrittene amerikanische Position, die indirekt auf ein Abtreibungsverbot für Familienplanungsprogramme hinauslief, zu stellen. Denn zum einen betreibt Bonn ohnehin kein eigenständiges Familienplanungsprogramm in einem Entwicklungsland, hat aber zum anderen in Sachen Schwangerschaftsabbruch eine wohlbekannte Indikations-Lösung in Gestalt

des Paragraphen 218. So gesehen, erschien die Haltung der Bonner Delegation in diesem Punkt als — mindestens — voreilig.

Josef Schmid □

»Afrikanische Krise«: Neuer Bericht der Weltbank — Abhängigkeit von Nahrungsmittelfuhren — Lernprozesse (54)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1984 S. 137f. fort.)

I. Im September 1984 veröffentlichte die Weltbank ihren dritten Report über die Entwicklung und die Entwicklungsperspektiven Afrikas südlich der Sahara (*Toward Sustained Development in Sub-Saharan Africa. A Joint Program of Action*). Die Studie ist der zweite Folgebericht zum umstrittenen »Berg-Report« von 1981; sie umfaßt mehr als 100 Seiten und ist in zwei Teile untergliedert: Im ersten Teil werden auf knapp 50 Seiten Ursachen und Auswirkungen der Produktionskrise in Afrika dargestellt, und zwar so deutlich wie nie zuvor; der zweite Teil erfaßt in 32 Tabellen alle relevanten Daten über Afrikas wirtschaftliche und soziale Entwicklung, jeweils aufgeschlüsselt nach einzelnen Ländern.

Wie anfechtbar hier und da auch einige Angaben (etwa über die Einnahmen und Ausgaben der Staaten) sein mögen, die hier präsentierten jüngsten Statistiken haben für den an Afrika Interessierten einen immensen Wert. Ein Blick auf die Tabelle »Wachstum der Landwirtschaft« zum Beispiel offenbart einen erschreckenden Befund: Von 39 Ländern südlich der Sahara hatten nur sechs (nämlich Tschad, Burkina Faso, Niger, Rwanda, Swasiland und Elfenbeinküste) ein Wachstum der Nahrungsmittelerzeugung pro Kopf (im Durchschnitt der Jahre 1970–82) zu verzeichnen, in den anderen Ländern hingegen sank die Produktion teils in Größenordnungen von 6 vH jährlich (Botswana), von 5 vH (Mosambik) oder von 4 vH (Gambia).

II. Schonungslos wie nie zuvor beschreibt der neue Afrika-Report der Weltbank die anhaltende Produktionskrise in den Ländern südlich der Sahara — eine Strukturkrise, die auch nach 1982, als sich in anderen Regionen der Dritten Welt leichte Verbesserungen in der Versorgungslage der Bevölkerung bemerkbar machten, unvermindert andauert. Wenn der gegenwärtige Trend der sinkenden Nahrungsmittelerzeugung pro Kopf anhalten würde, dann — so die Weltbankprognose — würden in zehn Jahren 60 bis 80 vH der Menschen Schwarzafrikas unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Es wird geschätzt, daß der Mensch zur Befriedigung des Grundbedürfnisses nach Nahrung etwa 140 kg Getreide pro Jahr braucht; in machen Ländern Afrikas jedoch beträgt jetzt die erzeugte Menge im Durchschnitt erstmals weniger als 100 kg. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich die Tatsache, daß in Afrika immer mehr Menschen hungern müssen und in Zukunft verhungern werden. Wenn 1984 (mit seiner Dürre, den schlechten Ernten und den Bürgerkriegen und Grenzkonflikten) in Äthiopien, Mosambik und in den Katastrophengebieten der Sahelländer schätzungsweise eineinhalb Millionen Menschen verhungert sind (allein in Äthiopien 900 000), dann werden in den nächsten Jahren Millionen von Afrikanern aus Mangel an Nahrungsmitteln elend zugrunde gehen.